

Eigene Haut, europäisches Hemd

Inventur Der Ukraine-Krieg schreibt die Geschäftsgrundlage der deutsch-französischen Beziehungen um

■ Lutz Herden

Deutschland ist nicht in der Lage, die zugesagten Puma-Schützenpanzer für die NATO-Eingreiftruppe zu stellen, Frankreich hingegen kann der Ukraine aus dem Stand leichte Kampfpanzer des Typs AMX-10 RC zusagen. War Emmanuel Macron darauf bedacht, den Partner in Berlin ein bisschen oder nachdrücklich vorzuführen, als er vor Tagen seine Lieferoffensive Richtung Osten verkündete? Der konnte man entnehmen, wir sind konventionell gut aufgestellt. Wir verlassen uns nicht darauf, dank der Force de frappe eine etablierte Nuklearmacht zu sein. Als demütige Realisten vermögen wir uns vorzustellen, was ein Abnutzungskrieg zwischen Russland und der Ukraine für die Kräftebalance in Europa bedeutet.

Womit zwei Fragen aufgeworfen sind: Wem wird in der Materialschlacht gegen Russland die eigene Haut näher sein als das europäische Hemd? Was geschieht dem Prinzip eines integrativen Gleichgewichts zwischen Deutschland und Frankreich, wie es seit Jahrzehnten besteht, aber stets von Neuem gefunden werden muss?

Als Bremser in Fahrt

Frankreich war gegenüber der Bundesrepublik Deutschland seit den frühen 1950er-Jahren nicht nur darauf aus, sondern auch dazu fähig, deren ökonomisches Potenzial so einzubringen, dass es keinerlei aggressivem Nationalismus mehr Vorschub leistete. Stattdessen wurde ein ausgewogenes Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und eines freundschaftlichen Einvernehmens installiert. Dessen Fundament war gelegt, als im April 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) zustande kam. Neben Frankreich und Deutschland gehörten ihr mit Italien, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden Länder an, die sechs Jahre später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründeten. Die EWG vollendete den Paradigmenwechsel im deutsch-französischen Verhältnis. Von nun an mussten nationalstaatliche Interessen mit einer verhandelten Regionalpolitik abgeglichen werden. Sobald das unterblieb, kamen die Beziehungen zwischen Bonn und Paris aus dem Tritt. Um ein Beispiel anzuführen: Als sich Präsident



9. Mai 2022, Staatsbesuch am Europatag, aufgenommen unweit der russischen Botschaft in Berlin

François Mitterrand 1989/90 an einem von Kanzler Helmut Kohl künstlich beschleunigten Anschluss der DDR an die BRD störte, lag ein Zerwürfnis in der Luft. Paris fühlte sich überfahren und kam als Bremser in Fahrt. Worauf man sich letztlich einigte, wurde klar, als die Maastricht-Verträge 1992 den Euro ankündigten. Deutschland musste als Preis der Einheit geben, was es lieber behalten hätte. Der Verzicht auf die DM sollte dazu führen, so die französische Intention, einen territorial aufgestockten Staat in der Mitte des Kontinents darauf festzulegen, aus Sorge um sich selbst Verantwortung für die Gemeinschaftswährung zu übernehmen. Der daraus unter Kanzlerin Angela Merkel erwachsene Eu-

ro-Nationalismus offenbarte hegemoniale Züge. Frankreich nahm es hin. Die Währungsunion zu erhalten und Deutschland zu binden, hatte gleichfalls seinen Preis.

Verändertes Ranking

Wer derzeit den Ukrainekrieg vom Ende her denkt, kann das auf zweierlei Art tun: Sich auf die Kategorien Sieg/Niederlage versteifen oder von einer Verhandlungslösung ausgehen, bei der es – unabhängig davon, wie sie ausfällt – um Sicherheitsgarantien der NATO wie der EU für die Ukraine gehen dürfte. Diese zu gewähren, wird einen veränderten Status Deutschlands in Europa zur Folge haben. Sollte die Bundes-

wehr dem Maße modernisiert und aufgerüstet werden, wie sich das mit den 100 Milliarden Euro Sondervermögen und dem fortan von Jahr zu Jahr geltenden Zwei-Prozent-Plus des Militäretats (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) anbahnt, wird sie nach den USA die stärkste konventionelle Armee der NATO sein. Und das in keiner Rand-, sondern der geostrategisch ergiebigen europäischen Mittellage.

Für Frankreich heißt das, diesmal nicht ökonomische, sondern militärische Dominanz politisch antizipieren zu müssen. Präsident Macrons Schützenpanzer-Vorstoß deutet an, dass Paris einen möglichen Machtverfall und Prestigeverlust kaum anstandslos hinnehmen wird.

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um zu erahnen, wie Deutschland seine exponierte Stellung rechtfertigen wird: Um der Ukraine Sicherheit zu geben, müsse man dazu prädestiniert sein und brauche hochentwickelte bewaffnete Schlagkraft. Unausgesprochen wird bleiben, aber unbestreitbar sein, dass die USA der deutschen Opportunität im transatlantischen Konnex fast blind vertrauen können.

Deutscher Opportunität können die USA fast blind vertrauen

Nicht nur Frankreich – auch Polen, Rumänien, Estland, Litauen und Lettland werden das schlucken müssen. Sollten sie ihren Frontstaatenstatus in einen EU-Bonus ummünzen wollen, werden sie auf einen militärisch sattelfesten Hegemon stoßen. Will heißen, wer für ein erwartbar antagonistisches Sicherheitsregime zwischen der EU und Russland die erste Geige spielt, wird sich weder durch eine Regierung in Paris noch in Warschau sagen lassen, wie dieser Part auszufüllen ist.

Ganz abgesehen davon, dass Russland nicht untätig bleiben und seinen Sicherheitsbedürfnissen Geltung verschaffen wird. Wie man sich hierzulande auf eine „gescheiterte Russland-Politik“ herausredet, statt auf zum Scheitern verurteilte Umgangsformen mit Russland zu erkennen, sollte Moskau zugestanden sein, eine gescheiterte Deutschland-Politik zu konstatieren, die zu lange vergeblich auf Einsicht und Sinneswandel setzte.

Kurzum, mit dem Ukrainekrieg und seinen Konsequenzen sorgt die Rückkehr des Militärischen in den politischen Diskurs für ein neues europäisches Ranking. Die tradierte Praxis von der Bändigung eines nationalstaatlichen Denkens im deutsch-französischen Universum kann davon nicht unberührt bleiben.

ANZEIGE



Der radioeins & Freitag Salon

Jakob Augstein im Gespräch mit Anton Hofreiter

Braucht die Ukraine mehr Waffen?
06.02.23 | 20 Uhr | Literaturhaus Berlin | Fasanenstraße 23 | 10719 Berlin
Karten unter: www.literatur-berlin.tickettoaster.de




Matte Freundschaft, trübe Aussichten

60 Jahre Élysée-Vertrag
Anders als 1962 haben heute die „Atlantiker“ im deutsch-französischen Verhältnis klar das Sagen

■ Hans-Georg Ehrhart

In die Jahre ist sie gekommen, die deutsch-französische Freundschaft, wie bei einem Paar, das sich nicht mehr viel zu sagen hat. Vor 60 Jahren, am 22. Januar 1962, besiegelten Präsident Charles de Gaulle und Kanzler Konrad Adenauer die deutsch-französische Zusammenarbeit mit dem Élysée-Vertrag. Man wollte sich künftig in allen wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen abstimmen. Nachdem Deutschland seinen Nachbarn dreimal mit Krieg überzogen hatte, gewiss ein großartiger Fortschritt. Dessen Motto – Frieden durch Kooperation – sollte nach gaullistischer Vorstellung den Kern bilden für ein eigenständiges (West-)Europa, das sich zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion behauptet.

Freilich wurde das Abkommen bereits bei seiner Ratifizierung entwertet, weil der Bundestag eine Prämabel hinzufügte, um die enge Bindung an die USA zu betonen. Damals gab es eine Debatte zwischen „Atlantikern“, die den US-Ordnungsvorstellungen folgten, und „Gaullisten“, die Europa als unabhängige Kraft sahen. Tempi passati! Das heutige Europa ist amerikanischer denn je, zum Leidwesen Emmanuel Macrons, dessen Vorstöße zur Stärkung der EU nie recht zündeten, weil der deutsch-fran-

zösische Motor nur allzu oft stottert. Der letzte gemeinsame Versuch liegt vier Jahre zurück. Im Januar 2019 unterzeichneten Angela Merkel und Macron den Aachener Vertrag, der den Élysée-Vertrag erneuern sollte. Heute muss man konstatieren, es hat sich nichts in Richtung europäische Souveränität durch mehr strategische Autonomie bewegt. Im Gegenteil: Während Macron Deutschland vor einer Politik der Selbstisolation warnte, lancierte Berlin mit 14 Nato-Staaten eine Initiative für eine europäische Luftabwehr – ohne Frankreich. Die USA bestimmen politisch und militärisch das westliche Handeln im Ukrainekrieg. Washington ist der Ansprechpartner Moskaus, nicht Berlin oder Paris.

Wie einst Tony Blair

Lange vorbei ist die Zeit, als Adenauer de Gaulle noch beschwor, ein Europa unter französischer Führung aufzubauen. Ob für Frankreich ein Europa unter deutscher Führung akzeptabel gewesen wäre, ist zu bezweifeln. Schon weil Bonn für Paris das mit Blick auf einen britischen EU-Beitritt befürchtete Trojanische Pferd war, das als Juniopartner der USA deren Interessen in der – damals – EG besonders berücksichtigt hätte. Heute reicht es für eine Senior-Partnerschaft auf Augenhöhe wegen des immensen Machtgefälles zwischen Berlin und Washington auf keinen Fall. Möglicherweise winkt sogar die Rolle des amerikanischen Pudels, wie sie einst den britischen Premier Tony Blair ereilte.

Dann doch lieber ein stotternder deutsch-französischer Motor? Der müsste aber zügig überholt werden angesichts des amerikanisch-chinesischen Hegemonial-

konflikts, der Berlin und Paris schon bald vor die delikate Frage stellen wird: Wie steht es dazu? Bereits existierende Abhängigkeiten lassen die Antwort erahnen. Die jüngsten amerikanischen „Ertüchtigungsprogramme“ und ihre Folgen für Technologieführerschaft, nationale Re-Industrialisierung und militärische Dominanz zeigen ganz klar, wer Koch ist und wer Kellner. Im Dezember verabschiedete der US-Kongress den CHIPS Act, der 280 Milliarden Dollar für die nationale Halbleiterindustrie vorsieht, um wieder globale Nr. 1 zu werden mit neuen hochwertigen Arbeitsplätzen in die USA. Kurz zuvor wurde mit dem Inflation Reduction Act bei einem Volumen von 374 Milliarden Dollar das größte Investitionsprogramm aller Zeiten für den Klimaschutz verabschiedet. Allerdings nur für den heimischen Markt, sodass europäische Unternehmen abzuwandern drohen. Außerdem hat der Militäretat mittlerweile die schwindelerregende Höhe von 858 Milliarden Dollar erreicht. Der Wettbewerb mit China, das bis 2049 allenthalben die globale Nr. 1 sein will, ist voll entbrannt.

Weder Berlin noch Paris können sich dieser geopolitischen Konkurrenz entziehen. Woran es in solcher Lage besonders fehlt, das ist eine gemeinsame Vorstellung von einer Zukunft Europas nach dem Ukrainekrieg. Während sich Macron zumindest traut, unkonventionelle Vorschläge zu machen – wie etwa Sicherheitsgarantien für Russland –, reist Olaf Scholz im US-Gleitzug und bestellt Waffen wie Flüssiggas in den Vereinigten Staaten.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Friedensforschungsinstitut in Hamburg